

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt
Tageblatt Riesa,
Friedrichstr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1880,
Stroloff:
Riesa Nr. 22.

Nr. 40.

Mittwoch, 17. Februar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintritts von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibweise (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklameschreibweise 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und unökonomischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Befüllungszeit: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Redaktionsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Das Kabinett Laval gestürzt.

Der Wahlkampf um den Reichspräsidentenposten

In den letzten 48 Stunden in Gang gekommen. Durch die Annahme einer überparteilichen Kandidatur des Auswärtigen Ministers Hindenburg der hinter ihm stehenden Front ein klares und unzweideutiges Stichwort gegeben. Es wäre falsch, den Wert dieser Kandidatur durch die Nennung von Parteienamen zu verringern, die sich jetzt für den Reichspräsidenten einsetzen. Die Parteien werden bei der Wahl Hindenburgs nicht den Ausschlag geben. Von Parteiwahlen wird erst wieder bei den Neuwahlen zum preussischen Landtag zu sprechen sein. Die Schwierigkeiten bei der Auffstellung von Gegenkandidaten sind übrigens für diesen Sachverhalt ein recht schlüssiger Beweis. Jede Gegenkandidatur gegen Hindenburg kommt in den Bereich einer Parteikandidatur. Die einzigen, die diese psychologischen Schwierigkeiten nicht scheuen, sind eigentlich die Kommunisten. Auch sie rechnen im Grunde mit überparteilichem oder besser unterparteilichem Volkströmen. Ihr Kandidat Thälmann bedeutet zwar selbst für einen Sozialdemokraten keinen Magnet. Aber es ist nicht zu verkennen, daß gerade bei den arbeitslosen, hungernden und verärgerten Scharen der Linken weniger das Bekenntnis zu einer Persönlichkeit als der wilde revolutionäre Protest eine Rolle spielt. Diesen „Protestschrei der Massen“ suchen die Kommunisten zu entfesseln. Sie rechnen dabei mit einem gewissen Recht darauf, daß er von Millionen aufgenommen wird, die sonst dem Kommunismus mit Bedenken gegenüberstehen. Hier ist in der Tat eine gewisse Größe im Wahlkampf vorhanden, die sich schwer schätzen läßt, die aber unter Umständen für den Ausgang des ersten Wahlganges entscheidend sein könnte. Bei der Reden ist man noch immer nicht zur Klärung der Kandidatenfrage gelangt. Die uns von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, läßt man sich „absichtlich“ Zeit, um alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Auch gehen wieder Verhandlungen zwischen dem Hamburger Bundesgenossen statt, die auf nationalsozialistischer Seite von dem Vertrauensmann Hitler, Hauptmann Goering, geführt wurden. Man prüft noch immer die Voraussetzungen einer gemeinsamen Front. Allerdings haben die Deutschnationalen und der Stahlhelm keinen Zweifel darüber gelassen, daß für eine Einheitskandidatur Hitler nicht in Frage kommt, sondern allein ein mehr unparteilicher Kandidat. Als Anwärter wird noch immer der ehemalige Reichshauptpräsident, Dr. Schacht, genannt, auf dessen Kandidat Hitler mehrere Tage weilt. Gerüchte, daß Dr. Schacht ebenfalls die Kandidatur abgelehnt haben soll, haben sich bis zum Augenblick noch nicht bestätigt. Weiter gediehen scheint die Fühlungnahme zwischen den Deutschnationalen und dem Stahlhelm zu sein. Man ist hier übereingekommen, schlimmstenfalls auch ohne die NSDAP. zusammenzugehen. Man versichert sogar, daß bereits eine „geeignete Persönlichkeit“ als Kandidat vorgelesen sei. Ihr Name wird aber selbst in engeren Kreisen nicht bekannt gegeben. Wir weisen bereits früher darauf hin, daß bei allen diesen Verhandlungen, wie bei jeder Wahlverhandlung, die finanziellen Fragen eine Rolle spielen. Die Frage: Wer bezahlt den Wahlkampf? ist bei der heutigen allgemeinen Geldflut von zum Teil ausschlaggebender Bedeutung. Hier scheinen noch gewisse Differenzen vorhanden zu sein. Mit großem Interesse verfolgt man in Berliner politischen Kreisen die Klärung der Zeitungsforderungen für den Wahlkampf. Dabei ist festzustellen, daß besonders Organe der Industrie, die bisher in schärfstem Gegensatz zu der Politik des Reichsanstalters standen, die Frage: „Für Hindenburg?“ mit einem unzweideutigen „Ja“ beantwortet haben. Diese Entscheidung ist in mancherlei Hinsicht bemerkenswert.

Der Zusammentritt des Reichstages

wird am 23. Februar wahrscheinlich mit scharfen Geschäftsordnungsdebatten eingeleitet werden. Die Nationalsozialisten, die geschlossen bei den Sitzungen anwesend sein werden, haben bereits mitgeteilt, daß sie mit allen Kräften eine kurze Tagungsdauer verhindern würden. Sie beabsichtigen nach unseren Informationen eine ausführliche Diskussion über sämtliche Fragen der auswärtigen und inneren Politik zu verlangen. Ob die Reichsregierung diesen Forderungen nachgibt, erscheint sehr unwahrscheinlich. Man steht regierungsseitig auf dem Standpunkt, daß man die Verhandlungen in Genf nicht der Belastung einer unruhigen Parlamentsdebatte aussetzen kann.

Sitzung des deutschnationalen Parteivorstandes.

Berlin. (Zuspruch.) Im Reichstag trat heute Mittwoch vormittag um 11 Uhr der deutschnationale Parteivorstand unter Leitung des Parteiführers Dr. Jünger

Schwere Niederlage der französischen Regierung.

Paris. Das Kabinett Laval ist gestürzt. Das Ministerium ist bei der Frage, wann die Interpellation des Senats vorgetragen zur Verhandlung gelangen soll, mit 23 Stimmen in der Minderheit geblieben.

Die Niederlage des Kabinetts Laval.

Paris. Im Senat letzte gestern nachmittag Innenminister Cahala dem Hause den Wahlgesetzentwurf vor, den die Kammer angenommen hat. Die Verhandlungen wurden von der Linken, namentlich den bürgerlichen Radikalen, mit ironischen Zwischenrufen begleitet. Unmittelbar darauf stellte der Senatspräsident an den Ministerpräsidenten die Frage, wann er die Interpellation des Senats vorzutragen über die allgemeine Politik der Regierung zu beabsichtigen gedenke. Ministerpräsident Laval erklärte, der Senat werde zweifellos der Ansicht sein, daß die Debatte über diese Interpellation vielleicht vertagt werden könnte. In Genf sei eine allgemeine Diskussion über die Abklärung im Gange. Die Regierung müsse während dieser Verhandlung inaktiv bleiben und ihre ganze Autorität behalten. Die französischen Delegierten werden gegenüber dem Standpunkt einer auswärtigen Delegation den französischen Standpunkt zu präzisieren haben. Er schlage deshalb als Verhandlungstag Freitag, den 25. Februar vor.

Bei der namentlichen Abstimmung wurde der Antrag Laval mit 155 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Darauf erklärte Ministerpräsident Laval:

Ich bin bereit, den Tag der Diskussion eher anzusehen, als vorgezogen. Ich verlange aber, daß die Diskussion der Interpellation vorgetragen wegen der angeführten Gründe heute nicht stattfinden; denn vielleicht schon morgen wird eine auswärtige Delegation in Genf Vorschläge unterbreiten, zu denen die französische Delegation Stellung nehmen muß. Es handelt sich hier um eine internationale Frage, während es sich bei der Interpellation nur um innenpolitische Zwischenfälle handelt. Ich appelliere an das Gewissen des Senats (starker Widerspruch bei den Radikalen und Sozialisten) und fordere die Senatoren auf, die politische Leidenschaft in diesem ersten Augenblick zurückzustellen. Um zu beweisen, mit welchem Ernst ich diesen Appell an das Hohe Haus richte, stelle ich die Vertrauensfrage.

Diese Erklärung Laval's rief eine ungeheure Aufregung bei der Mehrheit des Senats hervor, da es etwas ganz Neues ist, nach einer Abstimmung nochmals einen Antrag zu stellen, der bewirkt, die erste Abstimmung zu korrigieren.

Bei der namentlichen Abstimmung blieb die Regierung mit 23 Stimmen in der Minderheit. Der Antrag Laval wurde mit 157 gegen 134 Stimmen abgelehnt; die Regierung ist damit gestürzt.

Paris. Das Kabinett hat auf Grund seiner Niederlage im Senat seine Demission gegeben.

Eine Regierung der Konzentration in Frankreich.

Paris. Im Senat hatte man den Eindruck, daß viele Senatoren, die gegen die Regierung gestimmt haben, dies weniger aus rein innerpolitischen Erwägungen getan haben, deshalb, weil sie noch einmal versuchen wollten, eine Regierung weitestgehender Konzentration zu bilden.

Auch in der Kammer vertrat man nach Laval die Ansicht, daß der Senat durch seine Stimmgabe den Wunsch habe bekunden wollen, eine Annäherung zwischen den verschiedenen republikanischen Kammerfraktionen zu ermöglichen. Die Abgeordneten der bisherigen Mehrheitsparteien sollen nicht abgeneigt sein, sich an einer weitgehenden Konzentration zu beteiligen. Gewisse Mitglieder der Minderheitsfraktionen erklärten sich grundsätzlich zur Bildung einer Konzentrationregierung bereit, jedoch mit dem Vorbehalt, daß die radikale Fraktion daran teilnehmen müsse.

Die Kammermehrheit gegen den Senat.

Paris. Etwa 150 Abgeordnete der bisherigen Regierungsmehrheit haben eine Entschließung angenommen, in der sie mit Bedauern feststellen, daß der Senat in dem Augenblick, in dem Frankreichs Interessen in Genf auf dem Spiele stünden, die Verantwortung übernommen habe, das

zu einer aus dem ganzen Reich aufbesuchten Sitzung zusammen. Ob es in dieser Sitzung bereits zu entscheidenden Beschlüssen kommt, hängt, wie das Nachrichtenbüro des Vds, hört, noch von den gleichzeitig stattfindenden Verhandlungen innerhalb der Darsburger Front ab.

Die meisten anderen Parteien halten vor dem Zusammentritt des Reichstages noch Fraktionsitzungen ab. Am

Kabinett wegen einer formalen Frage zu stürzen. Diese Abgeordneten betonen, ihr Vertrauen nur einer Regierung schenken zu wollen, die die Politik der nationalen Einigung zu betreiben gedenke.

Zum Sturz des Kabinetts Laval.

Paris. Die Frage der Wahlreform, sowie die innenpolitische Einigung des Ministeriums Laval sollte auf Interpellation Senator Pognonnet, einem gemäßigten Radikalen, erörtert werden. Es scheint, daß Ministerpräsident Laval die Gefahr einer solchen Diskussion erkannt hat und sie vertagt wissen wollte, bis die deutschen Vorschläge in der Abklärungskonferenz von Genf eingebracht worden waren. Hierdurch hoffte er Verlegenheit zu finden, die Diskussion zu verlagern: Sie vom innen- auf außenpolitische Gebiet abzuwenden und jenes Lieblingssthema zu schaffen, das ja leider in dem letzten Jahrzehnt bei der Mentalität, die augenblicklich in Frankreich herrscht, heiß verlangt, nämlich eine Frage in den Vordergrund zu schieben, die mit Deutschland in Beziehung steht. Die Senatoren haben sich auf diesen Vorschlag nicht eingelassen, da sie die Gefahren, die das antidemokratische Wahlgesetz, das die Kammer geschaffen hat, erkannt haben, und offenbar in ihrer Mehrheit auch eine Regierung wünschen, die härter ist als die Regierung Laval, die man in den Wandelgängen des Senats offen als absolute Gefangene der Regierungsmehrheit in der Kammer bezeichnete.

Laval hätte, nachdem man ihm zum erstenmal die Vertagung verweigerte, sich zur Diskussion stellen wollen. Er hat es nicht getan. Er hat, was in der Parlamentsgeschichte wohl einzig dastehen dürfte, den gleichen Vertagungsantrag noch einmal gestellt. Diese Methode hat sichtlich die Mehrheit der Senatoren verärgert. Da Ministerpräsident Laval seine ganze Autorität einsetzen wollte, stellte er die Vertrauensfrage in der Hoffnung, daß eine Anzahl anderer Radikaler sich ihm anschließen würde. Das mußte von den radikalen Senatoren so aufgefaßt werden, daß man annehmen könne, sie würden ohne die Vertrauensfrage nicht wie Laval sich ausdrückte, in voller Gewissensfreiheit urteilen.

Die Tätigkeit des zweiten Kabinetts Laval war nicht sehr glücklich, einmal wegen der Wahlreform, dann wegen der Unmöglichkeit, die Budgetberatung so zu fördern, daß Ausschüß bestanden hätte, das Budget bis zum 31. März zu verabschieden. Dazu kam, daß Laval sich der Marin-Gruppe zu sehr genähert hatte, was nicht nur die Zustimmung der Radikalen, sondern auch die Zustimmung der Gruppen auslöste, die den linken Flügel seiner Mehrheit in der Kammer bildeten. Da der Sturz des Kabinetts nicht wegen einer grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit, sondern nur wegen einer Formalität erfolgte, wird es der Präsident der Republik schwer haben, die Ministerkrisis zu lösen.

Pariser Blätter zum Sturz der Regierung.

Paris. Zum Sturz Laval's betont der Matin, es komme jetzt darauf an, wieder aufzubauen. Dieser Aufbau sei umso schwieriger, als die gestrigen Ereignisse die Kluft zwischen Senat und Kammer noch verbreitert hätten. Man würde gern die Rückkehr zu einer weitgehenden nationalen Einigung sehen, an der sich auch die radikale Partei zu beteiligen hätte; wenn aber die Verwirklichung eines derartigen Plans nicht möglich sein sollte, träten gewisse Kreise für ein Ministerium des Zentrums ein, also eine Art Minderheitskabinett, das auf die beiden Flügel verzichte und sich damit begnüge, eine wohlwollende Neutralität zu verlangen im Austausch gegen unbedingte Unparteilichkeit während der Wahlperiode. Falls keine dieser beiden Kombinationen durchgehe, aber auch nur in diesem Falle, würde man ein Kabinett ins Auge fassen, dessen Aufgabe darin bestünde, die Kammer aufzulösen und möglichst rasch Neuwahlen vorzunehmen. In den Wandelgängen des Senats habe man gestern vor allem Senator Barthou als geeigneten Mann zur Bildung eines Ministeriums der Einigung und Konzentration genannt. In der Kammer schiene Paul Boncour zahlreiche Anhänger zu haben. — Im Populaire erklärt der sozialistische Abgeordnete Léon Blum, der Abgeordnete Mandel habe dem Kabinett Laval den Todesstoß verleiht und er werde auch der Mehrheit des nationalen Blocks den Todesstoß verlegen.

Montag vormittag versammeln sich die Christlichsozialen und die Bayerische Volkspartei, nachmittags die Deutsche Volkspartei. Am Dienstag unmittelbar vor der Auflösung des Reichstages beraten Zentrum und Wirtschaftspartei über die politische Lage. Am Dienstag abend nach Schluß der Reichstagsverhandlungen fällt auch die Staatspartei eine Fraktionsitzung ab.